

Ergebnis der SPD/FDP-Wirtschafts- und Finanzpolitik:

Negative Leistungsbilanz

Die Bundesrepublik ist in den letzten beiden Jahren vom traditionellen Überschuß- und Gläubigerland zum Defizit- und Schuldnerland geworden. Unsere Leistungsbilanz weist rote Zahlen auf — mit steigender Tendenz. Nach rd. 10 Mrd. DM Defizit 1979 und einem Minus von rd. 28 Mrd. DM 1980 muß auch in diesem Jahr wieder mit einer Lücke von 25 bis 30 Mrd. DM gerechnet werden. Damit würde die Bundesrepublik — wie schon im vergangenen Jahr — das größte Defizit aller Industrieländer aufweisen.

Wir leben über unsere Verhältnisse. Nichts anderes besagt das Leistungsbilanzdefizit. Wir leben zum Teil auf Kosten des Auslands. Das Wort Leistungsbilanz hat etwas mit Leistung zu tun, das Wort Defizit mit zu wenig Leistung. Wir leisten gegenüber dem Ausland weniger, als wir von dort in Anspruch nehmen. Wir kaufen und geben im Ausland mehr aus, als wir für unsere eigenen Waren erlösen.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

= Ergebnis aus:

- Handel mit dem Ausland (Saldo Ausfuhr/Einfuhr)
- Kapitalverkehr mit dem Ausland (Kapitalanlage von Ausländern in der Bundesrepublik / von Inländern im Ausland)
- Dienstleistungen für das Ausland und umgekehrt (Ausgaben bei Auslandsreisen, Gewinnausschüttungen von Unternehmen, Zinseinnahmen)
- Übertragungen ins Ausland und umgekehrt (Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Leistungen an die EG, Rückflüsse von der EG etc.)

Betrachtet man die einzelnen Positionen, aus denen sich die Leistungsbilanz ergibt, so sind eine Reihe struktureller Belastungen unserer Leistungsbilanz festzustellen. Da sind zum einen die **Ausgaben unserer Bürger für Auslandsreisen**, die im vergangenen Jahr rd. 35 Mrd. DM ausmachten. Hinzu kommen die **Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer** in ihre Heimatländer und die **Leistungen an die Europäische Gemeinschaft**. Bis 1978 wurden diese belastenden Faktoren jedoch regelmäßig wettgemacht durch ein kräftiges Plus im Außenhandel, unsere Exporterlöse überwogen bei weitem die Kosten der Importe.

Millionen DM

Zeit	Leistungs- bilanz	Außenhan- delsbilanz	Dienstlei- stungs- bilanz	Über- tragungs- bilanz	Kapital- bilanz
1950	- 407	- 3.012	+ 540	+ 2.065	+ 207
1951	+ 2.341	- 149	+ 961	+ 1.529	+ 87
1952	+ 2.528	+ 706	+ 1.662	+ 160	+ 116
1953	+ 3.793	+ 2.516	+ 1.728	- 451	+ 82
1954	+ 3.609	+ 2.698	+ 1.385	- 474	- 186
1955	+ 2.205	+ 1.245	+ 1.794	- 834	- 450
1956	+ 4.379	+ 2.897	+ 2.703	- 1.221	+ 148
1957	+ 5.761	+ 4.083	+ 3.560	- 1.882	- 2.305
1958	+ 5.798	+ 4.954	+ 2.844	- 2.000	- 2.049
1959	+ 3.962	+ 5.361	+ 1.880	- 3.279	- 6.108
1960	+ 4.493	+ 5.223	+ 2.758	- 3.488	+ 1.782
1961	+ 2.843	+ 6.615	+ 658	- 4.430	- 4.259
1962	- 1.950	+ 3.477	- 217	- 5.210	- 267
1963	+ 661	+ 6.032	- 276	- 5.095	+ 2.260
1964	- 16	+ 6.081	- 786	- 5.311	- 1.765
1965	- 6.723	+ 1.203	- 1.549	- 6.377	+ 2.362
1966	+ 68	+ 7.958	- 1.595	- 6.295	+ 881
1967	+ 9.436	+ 16.862	- 1.004	- 6.422	- 9.998
1968	+ 10.904	+ 18.372	- 156	- 7.312	- 7.315
1969	+ 6.226	+ 15.584	- 934	- 8.424	- 18.857
1970	+ 2.491	+ 15.670	- 3.865	- 9.314	+ 9.944
1971	+ 2.888	+ 15.892	- 1.763	- 11.497	+ 10.614
1972	+ 2.561	+ 20.278	- 3.110	- 14.009	+ 12.017
1973	+ 12.289	+ 32.979	- 5.016	- 15.592	+ 13.226
1974	+ 26.578	+ 50.846	- 6.951	- 16.053	- 25.335
1975	+ 9.923	+ 37.276	- 8.278	- 17.889	- 13.279
1976	+ 9.713	+ 34.469	- 6.564	- 18.086	- 946
1977	+ 9.800	+ 38.436	- 10.750	- 17.919	- 757
1978	+ 17.524	+ 41.200	- 8.112	- 17.614	+ 5.794
1979	- 10.142	+ 22.429	- 12.443	- 20.832	+ 9.323
1980	- 28.145	+ 9.141	- 14.187	- 24.274	+ 5.574

Die Zahlen zeigen, daß die Bundesrepublik vor 1979 lediglich 1950, 1962, 1964 und 1965 rote Zahlen in der Leistungsbilanz aufwies. Damals waren dies jedoch

vorübergehende Erscheinungen, die durch Sondereinflüsse ausgelöst waren. Außerdem handelte es sich um eine vergleichsweise kleine Größenordnung.

Was wir heute dagegen verzeichnen, ist eine fundamentale Trendwende: 10 Mrd. DM Defizit in 1979, 28 Mrd. DM Defizit in 1980, in diesem Jahr voraussichtlich ein Defizit ähnlicher Größenordnung. Die Aussichten für eine rasche Besserung in den Folgejahren sind gering.

Hauptgründe für diese Entwicklung: Versäumnisse und Fehler der Bundesregierung

Die Bundesregierung versucht diese dramatische Entwicklung mit Halbwahrheiten und Beschönigungen zu bemänteln. Hauptargument: Die seit 1979 explodierte Ölrechnung der Bundesrepublik sei schuld. Diese Argumentation ist nicht haltbar. Das Loch in unserer Leistungsbilanz hat viele Gründe, die allerdings eins gemeinsam haben: Die Bundesregierung trägt mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik ganz oder teilweise die Verantwortung:

- unsere Abhängigkeit von immer teureren Öleinfuhren;
- Stillstand beim Ausbau der Kernenergie;
- ausufernde Staatsausgaben und Staatsverschuldung;
- ein zunehmend kostenmäßig und technologisch bedingter Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in vielen Bereichen unserer Wirtschaft.

Stillstand in der Energiepolitik

Gerade die gestiegene Ölrechnung als Hauptargument der Bundesregierung kennzeichnet die verhängnisvollen Versäumnisse im Bereich der Energiepolitik. Seit der ersten „Ölkrise“ Mitte der 70er Jahre ist unter SPD und FDP nichts geschehen, um unsere Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Die Bundesregierung selbst hat noch in ihrer ersten Fortschreibung des Energieprogramms vom 30. Oktober 1974 für das Jahr 1980 die Installierung von 20 000 Megawatt Kernkraftkapazität und für 1985 von 45 000 bis 50 000 Megawatt für notwendig gehalten. Tatsächlich werden wir 1980 nur über eine betriebsbereite Kernkraftwerkskapazität von 9 000 Megawatt (statt 20 000 Megawatt) und 1985 von nur 18 000 Megawatt (statt 45 000 bis 50 000 Megawatt) verfügen. Die Defizite an Kernenergie-Kapazität belaufen sich also selbst gegenüber den eigenen Planungen der Bundesregierung auf 11 000 Megawatt 1980 und mindestens 27 000 Megawatt 1985.

Was bedeutet dies für unsere Ölrechnung?

Eine Kernkraftwerkskapazität von 11 000 Megawatt hätte bei heutigen Preisen Mineralöl im Werte von 9 Mrd. DM ersetzen können (1 000 Megawatt = 1,8 Mill. t Rohöl). Eine Kernkraftwerkskapazität von 27 000 Megawatt würde schon

nach heutigen Ölpreisen 1985 eine Mineralölmenge im Werte von nahezu 22 Mrd. DM ersetzen. Diese Zahlen zeigen: Das Defizit in unserer Leistungsbilanz — soweit es durch die gestiegene Ölrechnung entstanden ist — hätte durch konsequente und mutige Energiepolitik vermieden werden können. Durch Sparsamkeit und Nutzung anderer Energiequellen kann die hohe Ölrechnung zusätzlich verringert werden. Ohne Nutzung der Kernenergie werden wir allerdings aus heutiger Sicht und bei heutigem Stand der Technik nicht auskommen.

Öffentliche Verschuldung belastet Leistungsbilanz

Mitentscheidend für das Leistungsbilanzdefizit ist die öffentliche Verschuldung, die ihrerseits Ausdruck einer verfehlten Finanz- und Konjunkturpolitik ist. Nicht zuletzt der blinde Glaube an staatliche Ausgabenprogramme hat vor allem den Bund immer weiter in rote Zahlen rennen lassen. Die Folge: Die Staatsfinanzen sind nicht mehr in Ordnung.

- Beim Bund, dessen Schuldenstand 255 Mrd. DM erreicht hat, machen Zinsen und Tilgungen in diesem Jahr über 50 Mrd. DM aus. Das sind pro Tag gerechnet — Sonn- und Feiertage inklusiv — 150 Mill. DM (pro Stunde 6 Mill. DM).
- Bund, Länder und Gemeinden werden nach überschlägigen Rechnungen 1981 den Kapitalmarkt mit rd. 70 Mrd. DM in Anspruch nehmen. Es gibt Rechnungen, die weit über dieser Zahl liegen. Damit wird mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Ersparnis vom Staat in Anspruch genommen.
- 27,4 Mrd. DM Neuverschuldung stehen im Haushaltsplan der Bundesregierung für 1981. Diese Zahl stimmt bereits heute nicht mehr. Selbst der Bundesfinanzminister nennt eine Reihe von Risiken (Verteidigungslasten, ausländische Verpflichtungen, Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit), die im Verlaufe dieses Jahres zusätzlich abgedeckt werden müssen. Mit einer Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 30 bis 35 Mrd. DM muß gerechnet werden. Von „Konsolidierung“ der Bundesfinanzen also keine Spur.
- Die Folgen jahrelanger Schuldenpolitik sind im mittelfristigen Finanzplan abzulesen: Bereits im Jahre 1984 wird die Neuverschuldung des Bundes nicht ausreichen, um auch nur den Zinsendienst zu begleichen.

Diese hohe öffentliche Verschuldung hat zur Entstehung des Leistungsbilanzdefizits beigetragen, da durch die Haushaltsdefizite inländische Ressourcen beansprucht werden, die ansonsten für die Steigerung des Exports und damit zur Verbesserung der Handelsbilanz zur Verfügung stünden.

Schleichender Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft

Unsere Wirtschaft hat in den letzten Jahren Schritt für Schritt an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Der Außenhandel der Bundesrepublik, der noch

Mitte der 70er Jahre stolze Überschüsse von 40 und 50 Mrd. DM erbrachte, verliert zunehmend an Schubkraft. Im vergangenen Jahr überwogen unsere Exporte die Importe wertmäßig nur noch um 9 Mrd. DM. In den ersten Monaten dieses Jahres schrumpfte das Plus weiter zusammen.

Saldo des Außenhandels der Bundesrepublik

— in Mrd. DM —

1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
+ 50,8	+ 37,3	+ 34,5	+ 38,4	+ 41,2	+ 22,4	+ 9,1

In diesen Zahlen schlägt sich der langsame Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nieder — und zwar sowohl kostenmäßig als auch technologisch bedingt. Wir haben nicht nur unter teuren Rohstoffeinfuhren und einem hohen Kostenniveau zu leiden, wir verlieren darüber hinaus auch aus technologischen Gründen die Wettbewerbsfähigkeit bei Investitionsgütern, Konsumgütern und anderen Fertigwaren.

Das Stichwort in der öffentlichen Diskussion für die Entwicklung heißt „japanische Herausforderung“. Japan ist heute federführend im Schiffbau. Deutsche Werften halten sich nur mühsam mit Regierungskrediten über Wasser. Japan steht an erster Stelle in der Produktion von Kraftfahrzeugen (11 Mill. Einheiten in 1980), die deutsche Kameraindustrie besteht praktisch nicht mehr, die Uhren- und Besteckindustrie leidet zunehmend unter dem japanischen Exportdruck, in der Elektronik drängen japanische Hersteller immer stärker auf unseren und den Weltmarkt.

Diese Entwicklung resultiert sowohl aus den hohen Kostenvorteilen der japanischen Industrie als auch aus technologischem Vorsprung — z. B. im Bereich der Mikroelektronik. Kostennachteile werden jedoch auch zunehmend im Verhältnis unserer Wirtschaft zu anderen internationalen Anbietern wirksam. Dazu einige Zahlen:

■ Betragen die Arbeitskosten für ein elektronisches Bauelement, das in Massenproduktion zu niedrigstem Stückpreis hergestellt wird, in München 100 (Bezugsjahr 1978), dann lagen sie in Frankreich bei 71, in Österreich bei 54, in Spanien bei 52, in Brasilien bei 14, in Singapur bei 12, in Malaysia bei 6 und in Mauritius bei 2.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Die deutsche Wirtschaft steht nach 11 Jahren SPD/FDP-Regierungspolitik vor der Gefahr, international den Anschluß zu verlieren.

Folgen des Leistungsbilanzdefizits

Erste Auswirkungen des Leistungsbilanzdefizits sind bereits jetzt zu spüren. So sind die **Währungsreserven** der Bundesrepublik dahingeschmolzen wie Butter in

der Sonne. Konnte die Deutsche Bundesbank noch im Oktober 1979 Währungsreserven in Höhe von 99,4 Mrd. DM ausweisen, schwanken die Reserven heute zwischen 60 und 65 Mrd. DM. Allein im Jahre 1980 haben die Währungsreserven um netto rd. 27 Mrd. DM abgenommen. Damit ist in nur zwei Jahren ein Drittel der volkswirtschaftlichen Ersparnisse, die in 25 Jahren mühsam zusammengetragen worden sind, aufgezehrt worden. Geht diese Entwicklung so weiter, so ist abzusehen, wann die Devisen kontingentiert und pro Kopf zugeteilt werden müßten. Auslandsreisen wären dann nicht mehr im bisherigen Umfang möglich — so Forschungsminister von Bülow und der ehemalige Verteidigungsminister Leber in jüngster Zeit.

Bundesbank verliert Handlungsspielraum

Schwerwiegendste Folge des Leistungsbilanzdefizits in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik ist der **Verlust der Zinsautonomie der Bundesbank**. Hat doch das Leistungsbilanzdefizit bei international hohem Zinsniveau zur Folge, daß die Bundesbank ihre Zinspolitik den außenwirtschaftlichen Belangen unterordnen muß. Täte sie dies nicht, käme es zu vermehrten Kapitalexporten. Es würde immer weniger gelingen, das Leistungsbilanzdefizit wenigstens zum Teil durch Kapitalimporte zu finanzieren. Deshalb kann die Bundesbank — solange das Zinsniveau im Ausland hoch ist — die Zinsen nicht senken, wie es aus innerwirtschaftlichen konjunkturellen Gründen wünschenswert wäre.

Wenn in dieser Situation SPD-Politiker nach dem Motto „Haltet den Dieb“ die Bundesbank mit ihrer Hochzinspolitik für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen versuchen, so verwechseln sie Ursache und Wirkung: **Nicht die Bundesbankpolitik war es, die uns Defizite in der Leistungsbilanz und damit den Verlust der Handlungsfähigkeit der Bundesbank beschert hat. Die Schuld hierfür trägt die Bundesregierung, die die Unterlassungen in der Energiepolitik, die Schuldenpolitik des Bundes, den kosten- und technologisch bedingten schlechenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu vertreten hat.** Autonome Zinspolitik der Bundesbank wird erst dann wieder möglich sein, wenn sich beim deutschen Leistungsbilanzdefizit eine Tendenz zur Besserung abzeichnet und die Zinsen international auf ein niedrigeres Niveau absinken.

Lösungsmöglichkeiten – die Politik der Union

Die Analyse der Ursachen für unser Leistungsbilanzdefizit kennzeichnet gleichzeitig die Lösungsmöglichkeiten:

1. Verringerung der Ölabhängigkeit

Die Bundesregierung tut so, als sei die gestiegene Ölrechnung ein unabwendbares Schicksal. Dem ist nicht so. Weg vom Öl — nach diesem Motto müßte eine

konsequente Energiepolitik ausgerichtet sein. Eine Politik, die sowohl alle Einsparungsmöglichkeiten nutzt als auch alternative Energien einschließlich der Kernenergie zur Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft heranzieht. Die Blockade der Kernkraft durch die Regierungskoalition in Bund und Ländern ist das Gegenteil von dem, was im Hinblick auf unsere Leistungsbilanz und die sichere Energieversorgung in der Zukunft notwendig wäre.

2. Konsolidierung der Staatsfinanzen

Das Defizit in den öffentlichen Kassen, insbesondere in der Kasse des Bundes, muß schrittweise abgebaut werden. Es ist Ausdruck einer verfehlten Finanz- und Konjunkturpolitik, die durch immer neue Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe Arbeitsplätze sichern wollte und es letztlich doch nicht geschafft hat. Bürger und Politiker müssen erkennen, daß jede Mark nur einmal ausgegeben werden kann. Leistungsbilanzdefizit und Haushaltsdefizit hängen direkt voneinander ab. Die Verringerung der Neuverschuldung ist eine entscheidende Voraussetzung zur Gesundung unserer Leistungsbilanz.

3. Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Das Leistungsbilanzdefizit ist nicht konjunktureller Natur oder nur durch die gestiegenen Ölpreise bedingt. Es ist vielmehr zum großen Teil ein strukturelles Defizit und muß durch entsprechende Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse im privaten und wirtschaftlichen Bereich abgebaut werden. Technologie und Innovationen müssen gefördert werden. Dieser Umstrukturierungsprozeß bedeutet für die öffentliche Finanzwirtschaft weniger Konsum und mehr Investitionen. Unsere Wirtschaft muß Produktionen aufgeben, die andere Länder genauso gut und billiger herstellen können. Die deutsche Wirtschaft muß zunehmend höherwertige Leistungen und Güter und komplett „Problem-lösungen“ anbieten.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft die Herausforderung der 80er Jahre bestehen

In der heutigen schwierigen Lage müssen wir uns daran erinnern, wie die Bundesrepublik, die kaum über Rohstoffvorräte verfügt, die nach Fläche und Einwohnerzahl ein kleines Land und politisch kein Riese ist, zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt geworden ist. Dies waren ohne Zweifel der Verstand und der Fleiß unserer Bevölkerung vor dem Hintergrund einer in 150 Jahren gewachsenen Industrielandschaft mit hohem Ausbildungsstand der Menschen und einer glücklichen Zusammensetzung von Industrie und Gewerbezweigen, mit einer guten Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. Hinzu kamen die gesunde

Motivation der Nachkriegszeit und ein politisches und soziales Programm: Die Soziale Marktwirtschaft, die dem Unternehmer den Handlungsspielraum sicherte, ihn gleichzeitig jedoch in die Pflicht für die sozialen und gesellschaftlichen Belange nahm.

Wir müssen wieder dazu kommen, daß in breiten Schichten der Bevölkerung technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum als notwendig anerkannt werden, um den Herausforderungen der 80er Jahre standhalten zu können. Unternehmerischer Mut muß wieder gefragt sein. Fleiß und Leistungsbereitschaft dürfen nicht länger verteufelt werden. Die Politik, die politisch-geistige Führung hat vor der nachfolgenden Generation die Verpflichtung, hier Zeichen zu setzen, eine Klimaveränderung herbeizuführen.